

Leo Šešerko

Zwischenbilanz: 5 Jahre EU-Osterweiterung

Die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise macht die Lage für eine Zwischenbilanz nach 5 Jahren EU-Osterweiterung recht durchschaubar: Das Sondertreffen von Europas Staats- und Regierungschefs zur Finanzkrise am Sonntag, dem 1. März 2009 war eine Luftnummer. Der ungarische Ministerpräsident Ferenc Gyurcsany hatte vor dem offiziellen Start des Gipfeltreffens der 27 europäischen Mitgliedsstaaten in Brüssel ein Treffen der 9 Regierungschefs aus den osteuropäischen Mitgliedsstaaten organisiert (Slowenien hatte sich von dem Treffen ferngehalten), um einen EU-Sonderfonds in Höhe von 160 bis 190 Milliarden Euro zugunsten der von ihrer Schuldenlast schwer gebeutelten Nationen Osteuropas zu fordern.

Obwohl keines der beiden Treffen der EU vorerst fruchtbare Ergebnisse gebracht hat, machten sie eine Reihe von Paradoxien offensichtlich. Den Regierungschefs der EU-Oststaaten ist es nicht gelungen, hinsichtlich der aktuellen Geldmisere Osteuropas, einen gemeinsamen Standpunkt oder gar gemeinsame Forderungen zu formulieren. Forderungen wurden nur von Gyurcsany gestellt. Das war kein Zufall. Ungarn hatte nämlich enorme symbolische Verdienste bei der Durchbrechung des Systems des realen Sozialismus vor 20 Jahren erworben, als die ungarischen regierenden Politiker im Einverständnis mit Michail Gorbatschow, dem damaligen Generalsekretär der KP der UdSSR, es nicht verhindert hatten, dass tausende von Touristen aus der DDR Zuflucht in der BRD-Botschaft in Budapest suchten. Sie haben dann den fliehenden DDR-Bürgern die legale Ausreise in die BRD ermöglicht, was den weiteren Anstieg der Zahl der Fliehenden nach sich zog und einen quasi legalen Weg der Ausreise aus der DDR in die BRD darstellte, was dann letztlich zum Fall der DDR führte und zum Fall des real existierenden Sozialismus. Aber diese Geschichte ist heute außerhalb Ungarns und des ehemaligen Ostblocks größtenteils vergessen und hat damit ihren Symbolwert verloren. Die ehemaligen Ostblockländer können damit nicht mehr viel anfangen. Die Wahrheit ist, dass die Wende nicht durch die Bemühungen der westlichen Geheimdienste und durch die Finanzkraft des Westens herbeigeführt wurde, sondern durch die demokratische Anstrengung von breiten Schichten der Bevölkerung in diesen Ländern und durch die weitsichtige, demokratisch orientierte politische Führung Gorbatschows. Beide sind wenige Jahre später von der politischen Bühne dieser Länder verschwunden, weil sie nicht den neuen wirtschaftlichen Interessen entsprochen hatten, die sich der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens (hauptsächlich der Medien) bemächtigt haben. Die zivile Gesellschaft in diesen Ländern hat die Aufgabe der Demokratisierung ihrer Länder erfüllt; anschließend wurde die Demokratie entleert, zu formalen, bedeutungs- und inhaltslosen Institutionen. Die Akteure der zivilen Gesellschaft, die die Opposition in den ehemaligen Ostblockländern vor der Wende angeführt haben, hatten eine andere Demokratie vor Augen, als die zur selben Zeit wahrhaft vorherrschende im Westen Europas. Sie orientierten sich an der Demokratie der 68er, der Demokratie der Freiheit der Rede und an gesellschaftlicher Transparenz,

an der Durchsetzung der Menschenrechte und der Rechte von Minderheiten, an der Demokratie der Luce Irigaray und des Martin Luther King.

Die Demokratie und die Menschenrechte sind eine Erbschaft, die von jeder Generation und jeder Epoche erkämpft und neu verinnerlicht werden muss. Die demokratische Opposition in den ehemaligen osteuropäischen Ländern strebte nach einer Demokratie, von der sie glaubte, dass sie im Westen schon existierte und hat dabei übersehen, dass sie selbst die lebendige demokratische Kultur und der demokratische Höhepunkt ihrer Länder und der ganzen Epoche war. Sie wurde schon nach wenigen Jahren zur Seite gedrängt, von den Kapital- und Korporationsinteressen verfolgt und vernichtet, da sie nicht in die westliche „Postdemokratie“ passte, wie sie Colin Crouch definiert:

„Das ist der Ausgangspunkt der vertrauten Paradoxe der zeitgenössischen Politiken: sowohl die Techniken für Manipulierung der öffentlichen Meinung und die Mechanismen für Öffnung der Politik der Wahlprüfung sind noch mehr verfeinert worden, während der Inhalt der Parteiprogramme und der Charakter der Parteirivalität kühler und seichter geworden ist als er je gewesen war. Diese Art der Politik kann nicht nicht- oder antidemokratisch genannt werden, weil so viel von ihr resultiert aus den Politikernsorgen um ihr Verhältnis zu den Bürgern. Gleichzeitig ist es schwer, sie als Demokratie selbst zu würdigen, da so viele Bürger reduziert wurden auf die Rolle manipulierter, passiver, seltener Teilnehmer.“¹

Andererseits sind auch die westeuropäischen Mitgliedsstaaten der EU ratlos, wie sie ihre eigenen Wirtschaften retten und aus der Weltfinanzkrise führen sollen. So ist es nicht verwunderlich, dass Kanzlerin Merkel knapp den Vorschlag des ungarischen Ministerpräsidenten konterte: „Nicht allen Ländern in Mittel- und Osteuropa geht es so schlecht wie Ungarn. Man kann weder Slowenien noch die Slowakei mit Ungarn vergleichen.“ Sie stellte die Unterschiede unter diesen Ländern in den Vordergrund, er wollte auf ihre Einigkeit bauen.

Die EU, Internationaler Währungsfond (IWF) und die Weltbank haben schon im Oktober 2008 mit 25,1 Milliarden Dollar Ungarn vor dem Staatsbankrott gerettet, die EU-Kommission und die skandinavischen Staaten haben mit 10,47 Milliarden Euro Litauen vor dem Bankrott gerettet; zwei Wochen vorher haben die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Aufbau und Entwicklung den osteuropäischen Mitgliedsstaaten und der Ukraine 24,5 Milliarden Euro Hilfe zur Verfügung gestellt.

Auf dem Frühjahrsgipfel in Brüssel Ende März 2009 hat der EU-Rat beschlossen, die Hilfgelder für krisengeschüttelte Länder Osteuropas, die vor dem Bankrott stehen, zu verdoppeln. Der EU-Notfallfonds wurde von bisher 25 Milliarden auf 50 Milliarden Euro aufgestockt. Diese 50 Milliarden Euro kommen nicht aus dem EU-Budget, sondern von Anleihen, die von der EU-Kommission am Kapitalmarkt aufgenommen werden. Bezugsberechtigt sind aus diesem „Nottopf“ im Prinzip alle

1 Colin Crouch, *Post-Democracy*, Cambridge, 2004, S. 21.

elf Nicht-Euro-Länder, darunter auch Dänemark, Großbritannien und Schweden. Notkredite sollen aber in erster Linie Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn bekommen. In den Vormonaten haben bereits Ungarn 6,5 Milliarden Euro sowie Lettland 3,1 Milliarden Euro aus dem EU-Notfonds bezogen. Rumänien verhandelt derzeit ebenfalls über einen Kredit in Höhe von 20 Milliarden Euro, an dem auch der Währungsfonds beteiligt sein soll.

Das alles reicht aber nicht aus. Wieso konnte es dazu kommen, dass sich Osteuropa in eine solche Misere begeben hat? Obwohl auch drei „westliche“ Mitglieder der EU, Griechenland, Italien und Irland, vom Staatsbankrott bedroht sind. Die Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftsmisere ist kein osteuropäisches Spezifikum. Aber *wieso ist es in Osteuropa dazu gekommen*, dass die Situation 5 Jahre nach der EU-Osterweiterung so schlecht ist?

Die neoliberale Antwort wäre, dass sich diese Länder nicht strikt genug an den liberalen Richtlinien der Wirtschaftspolitik des freien Marktes orientiert hätten, ihre Wirtschaft und ihre Gesellschaft nicht genügend dereguliert und privatisiert, zuviel soziale Transfers (als Sozialstaaten) ausgegeben und zu wenig die Korruption und die Misswirtschaft bekämpft hätten. Was die Korruption betrifft, stimmt das, aber es gilt genauso für die *new economy* des westlichen Kapitalismus: „Dieser Typus ist auch extrem anfällig für Korruption, was klar wurde während des US-Amerikanisches Buchhaltungsskandals, (...). Obwohl diese Praktiken weit und breit verurteilt wurden, konnte man sie de facto verteidigen in den Kategorien, die die sogenannte ‚new economy‘ in den neunziger Jahren begründet hat.“²

Die EU, der IWF, die EIB, die neoliberalen Propheten und Ideologen haben nach der Wende von den osteuropäischen Ländern gefordert, ihre Märkte für Auslandsinvestitionen zu öffnen, für transnationale Gesellschaften und globale Finanzakteure, sie sollten außerdem den Markt und soziale Rechte deregulieren und von bürokratischen Hindernissen befreien, eine Gesetzgebung annehmen, die „der Wirtschaft“ freundlich gegenüber steht, und schließlich die ganze Wirtschaft und die öffentlichen Dienstleistungen privatisieren. Für die transnationalen Gesellschaften sollten sie möglicherweise die Steuern reduzieren, sie sollten den Staat und die staatlichen Regelungen aus der Wirtschaft zurückziehen. Wenn sie das nicht gemacht hätten, wären sie zu Idioten, Debilen, Primitiven erklärt worden. Dieses Evangelium haben die osteuropäischen Länder strikter als ihre westeuropäischen Partnerstaaten angenommen; und das noch mit dem schlechten Gewissen, dass sie immer noch mit einem Bein im Kommunismus stehen geblieben seien, dass sie noch immer nicht genug unternommen hätten, um aus dem Schatten des Kommunismus hervorzutreten.

Ungarn und einige andere osteuropäische Länder, die sich in diesem Sinne besonders hervorgetan hatten, hatten alle ihre wichtigen Banken und Exportfirmen sowie die Wirtschaftsinfrastruktur, die Stromfernleitungen und die Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Eisenbahnen usw. an Fremdinvestoren verkauft; diesen Ländern geht es heute ganz besonders schlecht. Gleichwohl wollen ihre neoliberalen Politiker diese

2 Colin Crouch, *Ibidem*, S. 88.

Wahrheit nicht annehmen. Sie versuchten, den besten Schüler des Neoliberalismus zu mimen in einer Phantasiewelt des freien Marktes, die soeben von den internationalen Gesellschaften gleichzeitig gepredigt und endgültig abgeschafft wurde. Doch die neoliberalen Politiker – das sind die Christlichen, die Konservativen und die Liberalen, aber auch große Teile der sozialistischen, sozialdemokratischen und grünen Politiker – wollen diese Gesellschafts- und Wirtschaftswahrheit nicht wahrhaben. Die Vorreiterrolle von Ungarn bei der Durchbrechung der Mauer und bei der Wiedervereinigung war schon durch die unkomplizierte Aufnahme in die EU belohnt worden.

In ihrer Wucht, mit der sie dem neoliberalen Evangelium folgten, haben die regierenden Politiker in den osteuropäischen Ländern völlig übersehen, dass selbst ihre Vorbilder vorsichtig Abstand von der Einführung totaler Deregulierung und Privatisierung genommen haben. Sarkozy oder Merkel haben nie verheimlicht, dass bestimmte vitale nationale Wirtschaftsbereiche und Firmen nicht ins Ausland verkauft werden dürften. Völlig verblendet haben die neoliberalen Politiker Osteuropas das überhört, bis vor zwei Wochen, als Sarkozy Mitte März 2009 mit staatlichen Finanzspritzen Renault und Citroën gerettet hat. Das führte zum großen Aufschrei in Osteuropa, dass das unerlaubte staatliche Subventionen seien. ‚Sind sie nicht‘, hat sich die EU-Kommission gedrückt; und in Westeuropa war jedem klar, dass ein Bankrott der Autoindustrie sich wie eine atomare Kettenreaktion in anderen Wirtschaftszweigen vernichtend auswirken würde. Und die USA, deren Regierungen immer mit der Peitsche dabei standen, wenn neoliberalen Grundsätze des absolut freien Marktes in den osteuropäischen oder Drittweltländern durchzusetzen waren, haben als erste staatliche Hilfen für Banken und Autoindustrie zur Verfügung gestellt. Gegenüber den Vereinigten Staaten hatten sogar die osteuropäischen Länder nicht gewagt, diesen zum Himmel schreienden neoliberalen Gesetzesbruch zu verurteilen. Nur verstanden haben sie ihn nicht, sonst würden sie anerkennen müssen, wie falsch und naiv ihre Deregulierungs- und Privatisierungspolitik des billigen Verkaufs und der Beraubung der eigenen Wirtschaften und Gesellschaften war.

Sie haben auch übersehen oder wollen es gar nicht wahr haben, solange die Finanzkrise die ganze neoliberale Szenerie noch nicht zerschlagen hatte, dass Europa von den Interessen des Kapitals vorangetrieben wurde und auch nach seinen Bedürfnissen verfassungsrechtlich geformt wurde. Das ändert nichts an der Tatsache, dass Europa ein positives Jahrhundertprojekt der Versöhnung und der Absage an den Nationalismus ist, das den Menschen Wohlstand und Fortschritt bringt, nur eben nicht allen im gleichen Maß.

Die amerikanische Verfassung, sagt Paul Smith in seinem Buch „Primitives Amerika“³, ist nichts anderes als eine ökonomische Urkunde. Sie beschütze die Interessen der wirtschaftlichen Elite, die Freiheit des Kapitals. Die Rechte und die Freiheiten des Einzelnen haben die Gründungsväter der amerikanischen Nation erst in der Urkunde über Bürgerrechte (Bill of Rights) festgelegt, und der slowenische

3 Paul Smith, Primitive America: The Ideology of Capitalist Democracy, 2007.

Theoretiker Marcel Štefančič betont, dass die Bürgerrechte etwas waren, was ihnen erst nachträglich aufgeleuchtet war. Obwohl dazwischen 200 Jahre vergangen sind, lernte Europa nicht, es besser zu machen, so dass die Entwicklung der Verfassung und die Rechtsprechung der EU sich in den letzten 50 Jahren nach demselben Muster entwickelt hat.

Das ist eine mühselige Entwicklung, betont Marcel Štefančič, weil die Neoliberalen nur zwei Alternativen sehen: Markt oder Totalitarismus. Und jeder, der eine abweichende Meinung von der Heiligkeit des freien Marktes hat, obwohl eben diese Konzeption in die heutige Weltfinanz- und Wirtschaftskrise geführt hat, ist für sie entweder Kommunist oder Faschist. Für sie sind die kleinen Leute, die Hypothekenkredite aufgenommen haben, die sie jetzt nicht zurückzahlen können, schuld an der Krise, und der amerikanische Präsident Obama ist für sie ein Panikmacher, der die Katastrophe predigt, damit er gute Ausreden hat für das Ausschütten von Geldern, für die Besteuerung der Reichen und für die Ausweitung der Gesundheitsversicherung.

Gleich nach der Abschaffung des „ancien régime“ des Sozialismus waren mächtige Zuflüsterer nach Osteuropa geeilt, die magische Empfehlungen zur Umkämpfung des ganzen Gesellschaftslebens und der Wirtschaft verbreiteten: Die Marktwirtschaft wurde nicht nur als ein alternatives Wirtschaftsmodell vorgestellt, sondern als ein alternatives politisches Modell, als ein Organisation- und Entscheidungstypus, der von jeder Form der Autorität entscheidend getrennt ist und damit jede autoritäre Diktatur verhindert.

Der französische Theoretiker Pierre Rosanvallon hat in seinem Buch „Der ökonomische Liberalismus“⁴ diese Tendenz der Denker des 18. Jahrhunderts, von Montesquieu bis Hume, von Hobbes bis Rousseau, von Helvetius bis Smith, dieses Streben nach einer Gesellschaftsordnung, die von jeder Moral, Religion und Politik unabhängig und emanzipiert wäre, beschrieben, da sie alle die Nase voll hatten von Absolutisten, Despoten, Königen und Kirchenherren, die im 17. Jahrhundert geherrscht hatten, die mit göttlichen Gesetzen gedroht und die individuelle Freiheit verhindert hatten. Der Markt schien ihnen als überlegen über jede Gesellschaftsorganisation, und zwar deswegen, weil er nicht auf Befehlen von irgend jemandem beruht sondern unpersönlich ist – ohne Emotionen und ohne Leidenschaften. In Deutschland hatte Hegel eine verspätete Variante dieses Standpunktes in seiner Rechtsphilosophie entwickelt mit der Theorie von einem Monarchen, dessen Vollmachten letztlich auf das Setzen des Punktes am Ende des Gesetzestextes begrenzt seien.

Der Neoliberalismus, dessen Ton von Margaret Thatcher und Ronald Reagan um 1980 angegeben wurde, sieht im Markt den einzigen wahren Ausdruck der Demokratie, und hat Privatisierung und Deregulierung von allem und jedem verkündet. Marcel Štefančič, hat darauf hingewiesen, dass dies zum Ergebnis hatte,

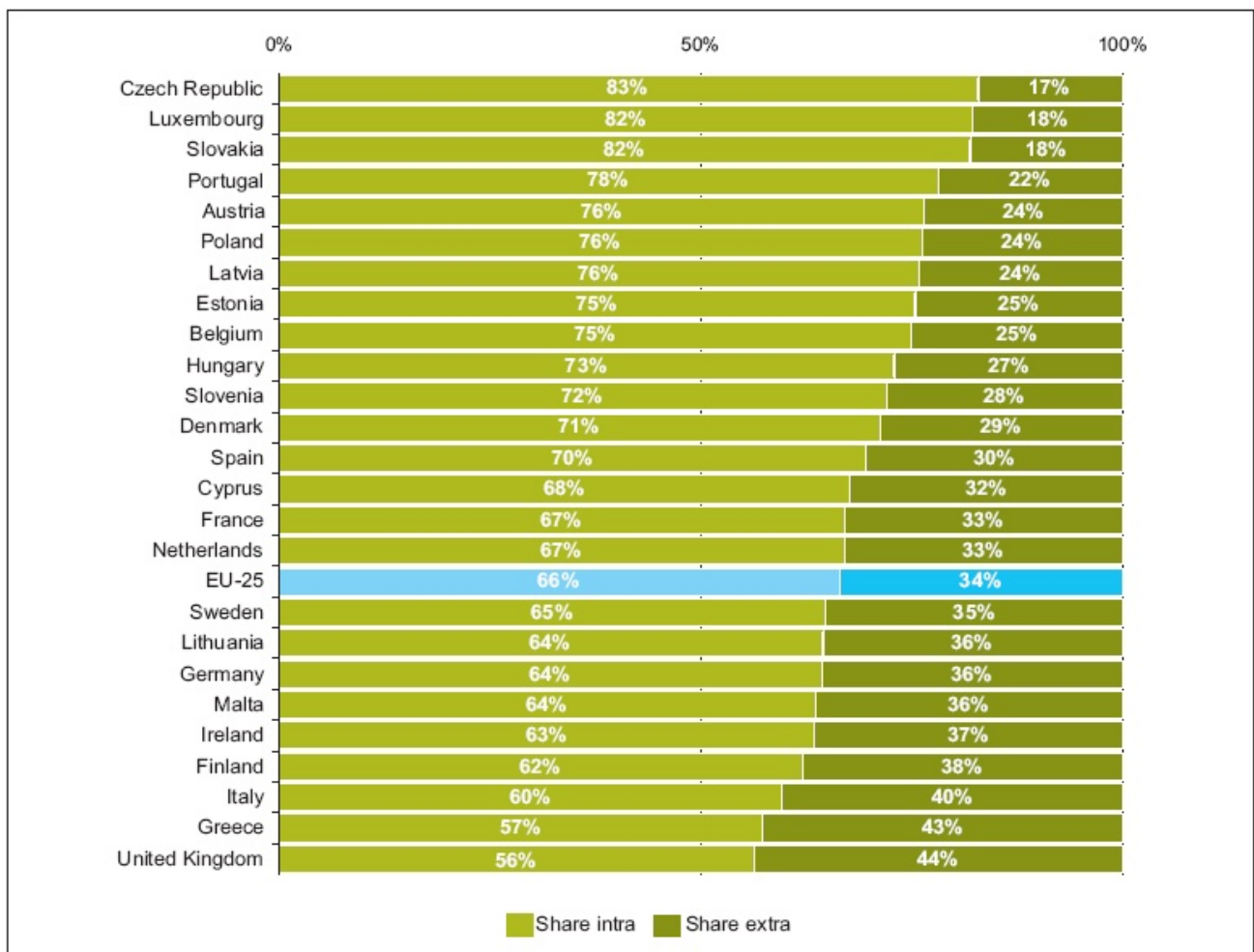
4 Pierre Rosanvallon, *Le libéralisme économique*, Poche 1989.

dass sich der Einfluss der Öffentlichkeit auf ein Minimum beschränkte und der öffentliche Raum bis zur äußersten Grenze privatisiert wurde. Und er stellt die Frage: Wo bleibt hier die Freiheit? Wenn es keinen Raum der Öffentlichkeit mehr gibt, wenn alles privat wird, dann gibt es keinen Raum für Freiheit und Demokratie mehr. Der Raum, um Freiheit und Demokratie zum Ausdruck zu bringen und zu entwickeln, ist der Raum der Öffentlichkeit, nicht Privatraum. Aber nein, behauptet der Neoliberalismus: Die Privatisierung ist der einzige wahre Ausdruck und Beweis der Freiheit. Wenn der Markt nicht frei ist, dann sind auch die Menschen nicht frei, – wenn der Staat in den Markt eingreift, wenn er dem Markt die Befehle erteilt, ist das Gewaltanwendung; und Abwesenheit der Freiheit.

Die neoliberale Ideologie stellt sich selbst als ewig und universell dar, als unfehlbar und als nicht fragwürdig, als unvermeidbar und selbstevident, als die Wissenschaft und die Wahrheit, sozusagen theologisch, meint Panayota Gounari. Da der Markt als eine ideale Gesellschaft verstanden wird, stehen allen Menschen die gleichen Rechte zur Verfügung. Für den Neoliberalismus sind alle sozialen Probleme private und individuelle Probleme; die Menschen, die diese Probleme haben, seien selbst schuld, wenn Sie arm sind, führt Štefančič weiter aus. Warum haben Sie nicht ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen? Warum haben Sie nicht Ihre Chancen genutzt. Warum haben Sie auf den Staat gewartet?

Der Neoliberalismus ist es, der alle wahren Bedingungen der Freiheit und der Gleichheit, zum Beispiel kostenlose Bildung oder kostenlose Sozialversicherung oder Krankenversicherung für jedermann als etwas darstellt, was Freiheit verhindert. Er hält Ungleichheit für den normalen und natürlichen Zustand der Menschheit. Gleichzeitig drohen die osteuropäischen Nationalisten und Euroskeptiker, wegen der Krisensituation noch mehr Furcht einflößend, die EU könnte auseinander brechen. Es gibt Proponenten einer antieuropäischen Stimmung in diesen Ländern, weil die Länder angeblich in der Finanzkrise auf sich gestellt und allein gelassen würden. Diese Stimmung wird von Politikern wie Vaclav Klaus oder den Gebrüdern Kaczynski verbreitet, die autoritäre Konzepte der Gesellschaft parat haben. Aber sie haben eine solche Stimmung schon seit Jahren verbreitet, es hängt also nicht ausschließlich mit der aktuellen Weltfinanzkrise zusammen. Die Verbreitung derartiger Ansichten ist nicht auf Osteuropa oder auf ehemalige Ostblockstaaten begrenzt, derartige Stimmungen werden auch von nationalistischen Kreisen in Westeuropa verkündet.

Graph 2: Share of intra-EU-25 trade in total trade for each Member State, 2004



Quelle: Eurostat: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init...>

Aus dieser Tabelle geht klar hervor, dass eben die Länder wie die Tschechische Republik oder Polen am meisten in den EU-Handel integriert sind und es schon beim EU-Eintritt 2004 waren, was bedeutet, dass die EU feindliche Stimmung in diesen Ländern völlig wirklichkeitsfremd ist, oder umgekehrt ein Ausdruck der unersetzbaren und einseitigen wirtschaftlichen Integration in die EU ist, wobei eben diese Länder am meisten Schwierigkeiten haben, sich auf den internationalen Märkten außerhalb der EU zu behaupten. Der Grund ist klar: innerhalb der EU wurden die Zollhürden abgeschafft, und das macht diese Länder eben noch konkurrenzfähig, die Zollhürden außerhalb der EU können sie aber nicht mehr überwinden. Der EU-Skeptizismus ist für sie weniger eine Perspektive für die Zukunft als ein Ausdruck von traumatischen Beziehungen und ausweglosen Integrationen.

Paradoxerweise sind die osteuropäischen Mitgliedsstaaten stärker in den EU-Markt integriert als die alten Mitgliedsstaaten. Der Charakter diese Integriertheit ist doch ein ganz anderer als der der alten Mitgliedsländer untereinander: sie stellen

hauptsächlich Märkte für die westlichen Produkte und Arbeitskräfte für die westlichen Industrien dar, und wenig großunternehmerische Initiative, Kapitalinvestitionen, oder Arbeitsplätze für Intellektuelle. Ihnen fällt hauptsächlich nur noch repetitive Forschungsarbeit zu, und wenn es dort auch originelle Forschung gibt, gibt es kaum Industrie im Land, die die Ergebnisse in Massenproduktion umsetzen könnte. Dieser Trend wird noch durch die EU-Forschungspolitik gestärkt, wo auf Zusammenarbeit der Forschungsgruppen aus mehreren Mitgliedsländern insistiert wird. Damit wird die Übersicht über den Anteil des jeweiligen Mitgliedlandes an der EU-Forschung verwischt. Unübersichtlich wird auch die untergeordnete Stellung der Forschung der neuen Mitgliedsländer, die ja formell integriert sind.

Der Umstand, dass die wichtigsten Wirtschaftsteile (Banken, Großbetriebe, Infrastruktur usw.) in den neuen Mitgliedsländern in fremden Händen sind und nur sekundäre Funktion für die Beherrschung der lokalen Märkte und für die Kanalisierung der Wirtschaftskraft haben, ist entscheidend. Von einer vorwärts treibenden Wirtschaftsenergie kann in diesen Ländern keine Rede sein. Sie wurden als Hinterhof und als Peripherie von Europa eingerichtet. Dadurch sind aber ihre Nationalismen wirtschaftlich grundlos und bloße Chimären, ideologisch aber desto virulenter geworden. Sie ergänzen die schleichenden Nationalismen in einigen Ländern Westeuropas, die wirtschaftlich starke Grundlagen haben, sich aber politisch vorsichtig verhalten, um unkontrollierbare Exzesse zu vermeiden, aber um dann eines Tages während einer der noch kommenden Krise wieder offen hervortreten zu können.

Die Zwischenbilanz nach 5 Jahren EU-Osterweiterung muss auch in der Perspektive der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Menschenrechte in diesen Ländern geprüft werden. Obwohl die EU eine komplexe Prozedur zur Aufnahme der neuen Mitgliedsstaaten entwickelt hat, in deren Kern die Übernahme der EU-Rechtsnormen steht und die Reform des Rechtswesens der Anwärtlerländer, kommt die Stärkung der Rechtskultur in diesen Ländern nur sehr langsam und sporadisch voran. Die Aufnahme des EU-Rechts in das einheimische Recht des jeweiligen Landes bedeutet noch lange nicht, dass dies auf sensiblen Rechtsgebieten auch von der heimischen Richterschaft respektiert wird. Der Rahmen dieses Textes erlaubt keine ausführliche Klärung dieses Themas, hier können nur die zentralen Problemgebiete angeführt werden. Die Gesetzgeber des jeweiligen Anwärtlerlandes übertragen zwar formell das EU-Recht in die heimische Gesetzgebung und Rechtspraxis, trotzdem werden Gesetze vor allem auf dem Niveau der Gerichte der ersten und der zweiten Instanz meistens willkürlich, xenophob, nationalistisch, der Staatsgewalt untertänig interpretiert, oft auch, ohne die entgegen gesetzte Entscheidung der obersten Gerichtshöfe dieser Länder zu respektieren. Das führt in den neuen Mitgliedsländern zur Aufrechterhaltung der mangelhaften Rechtskultur, die in Wahrheit eine verbreitete Unrechtskultur ist. Sie ist eine Konsequenz der Unantastbarkeit der Richterschaft, die den Richtern Freiraum schafft, willkürlich zu verfahren und gleichzeitig durch die EU-Erweiterung in den Stand der EU-Richterschaft gehoben zu werden. In vielen Fällen führt so das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, dass die Prüfung oder Amtsenthebung der Richter durch

Außenstehende verhindert, wenn sie einmal rechtmäßig gewählt wurden, zu seinem Gegensatz. In diesen Ländern gibt es einen enormen Unterschied zwischen den Gerichten der ersten und zweiten Instanz und den obersten Gerichtshöfen, wobei die letzten nicht im Stande sind, die Rechtskultur zu erhöhen und die Willkür bei der Rechtspraxis der niedrigeren Gerichte einzudämmen. Diese Art Rechtsprechung gibt es auch in den alten EU-Mitgliedsländern, aber nicht in so einer extremen Masse. Das macht langfristig eine zukünftige Reform des EU-Rechtswesens notwendig. Das Ansehen der Gerichte und der Richterschaft bei der Bevölkerung in den ehemaligen Ostblockländern ist dramatisch niedrig, wird aber zynisch abgewiesen mit dem Argument, dass in jedem Streit einer verliert und dass das schon die Hälfte der Menschen zu Zweiflern an der Gerechtigkeit macht. Das erklärt aber nicht, warum die Richterschaft zu den am wenigstens geschätzten Berufsgruppen in diesen Ländern gehört.

Den Umstand, dass der Lebensstandard, die Lebenserwartung, die medizinische Versorgung, die Rechtsstaatskultur, die industrielle Produktivität, der Umweltschutz, die soziale Absicherung usw. allgemein auf einem niedrigeren Niveau ist als in den alten EU-Mitgliedsländern, zusammenfassend so zu interpretieren, dass dies das unabwendbare Schicksal dieser Länder sei und dass die EU-Erweiterung nicht ein wichtiger Schritt vorwärts für diese Länder und auch für die EU war, ist falsch. Es gibt Ausnahmen von der oben genannten Regel, die genau so wichtig sind, wie die Regel selbst.

Ich nenne hier nur noch ein Gebiet, das besondere Aufmerksamkeit verdient. Das ist der mangelhafte Kulturerbeschutz, der nicht unter die EU-Kompetenz gehört. Auf diesem Gebiet gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen neuen EU-Mitgliedsländern, aber auch in den alten funktioniert der Kulturerbeschutz oft sehr unvollständig. So ist es in den neuen Mitgliedsländern während des zweiten Weltkrieges und in den letzten sechzig Jahren zu umfangreicher Vernichtung und zum Abriss eines großen Teils des Kulturerbes und der Baudenkmäler gekommen. Außerdem wurden viele erhaltene alte öffentliche Bauten als Sozialwohnungen genutzt, was sie im ‚real existierenden Sozialismus‘ zusätzlich vor Investorengier und Abriss geschützt hatte.

Desto mehr sind sie der Profitgier nach der Wende und nach dem EU-Anschluss ausgesetzt. Sogar Kulturerbebauten, die älter als Hundert Jahre sind, die schon zu Kulturmonumenten erklärt wurden, wenn sie sich innerhalb der Stadtzentren befinden, sind extrem der Rücksichtslosigkeit von Investoren und der Korruption öffentlicher Beamter und Funktionäre ausgesetzt.

Ein Beispiel dafür ist Ljubljana, die Hauptstadt Sloweniens, wo eine Reihe von Kulturerbebauten schon vor der Wende, aber ganz intensiv danach, zerstört wurden, und wo eben der Abriss des Colloseums (Kolizej) bevorsteht.

Es wurde vom Grazer Architekten Joseph Benedikt Withalm 1846 gebaut, der eine Militär-Einquartierungs-Assecuranz-Anstalt errichten wollte. Er hatte auch in Graz und Wien ähnliche Bauten errichtet, die schon Anfang des 20. Jahrhunderts abgerissen wurden. Das große Gebäude, dessen Bruttofläche 15.751 m² beträgt und bis 2.500 Menschen aufnehmen konnte, diente im Laufe der Geschichte einer ganzen Reihe öffentlicher Funktionen, als Hotel, Kaserne, Vergnügungsstätte, eine Reihe

kleineren Lokale und Werkstätte und als Sozialwohnanlage. Es beherbergte zwei große Säle für Reiten, Theater und Konzerte und wurde zum Mittelpunkt des öffentlichen Lebens der Stadt und des Landes.

Das Colosseum von Ljubljana ist außerdem der älteste erhaltene Megastrukturbau der Welt, ungefähr 50 Jahre älter als die ältesten erhaltenen ähnlichen amerikanischen und anderen europäischen Bauten dieser Art. Es ist ein hervorragendes Beispiel des romantischen Historizismus vom unschätzbaren Wert, der die Baukunstgeschichte Sloweniens und Europas außerordentlich dokumentiert und bereichert. Es ist ein Multifunktionsbau, der in seiner Geschichte die verschiedensten gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigte und deshalb auf keinen Fall einseitigen Kapitalinteressen zum Opfer fallen darf. Es gibt eine Reihe von Indizien, dass mehrere Gesetze im Zuge der Vorbereitungen zum Abriss des Colosseums verletzt wurden, u.a. auch die Richtlinie, dass alle Bauten, die über 100 Jahre alt sind, als Monumente geschützt sind. Es existieren zahlreiche Expertisen, Veröffentlichungen und Befunde der Kulturerbschutzgremien Sloweniens, dass das Colosseum geschützt und nicht abgerissen werden sollte. Die slowenische und europäische Zivilgesellschaft und zahlreiche Experten (Kunsthistoriker, Architekten, Raumplaner etc.) sowie im öffentlichen Interesse agierende Vereine und Einzelpersonen haben gegen den Abriss protestiert. Das Colosseum ist ein Beweis der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Baukunst sowie für die Erfüllung der gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnisse und zur Erhaltung der slowenischen und europäischen Identität.

Die Bemühungen gegen den Abriss dieses schon 1993 vom Stadtrat von Ljubljana zum Kulturerbebau erklärten Gebäudes werden hauptsächlich von einer Gruppe von Architekten und Kunsthistorikern geführt, die auf Ignoranz bei den Stadtbeamten, Funktionären und bei der Regierung des Landes stoßen. Sie haben sich auch an den Präsidenten der EU-Kommission José Manuel Barroso gewendet und ihn um Unterstützung gebeten, aber er erklärte sich für unzuständig in dieser Sache.